

DIESE GRÜNEN!

GRÜNE Initiative erfolgreich

■ Schwebebahnausbau und Regionale 2006 gesichert

Die Ausgangssituation hätte kaum schlimmer sein können: Wuppertal befindet sich wie viele andere deutsche Großstädte in einer schweren Finanzkrise, die auch die Töchter und Gesellschaften der Stadt einschließt.

Die Stadt leidet erheblich unter der sinkenden Zahl an Arbeitsplätzen und unter dem Bevölkerungsrückgang. Keine guten Voraussetzungen, um die Probleme der Schwebebahnfinanzierung lösen zu können.

Um die Auseinandersetzungen um die Finanzierung des Schwebebahnausbaues besser verstehen zu können, sind einige Erläuterungen über die Vorgeschichte hilfreich:

Seit dem Jahr 2000 wurden vom Land NRW keine Fördermittel mehr für den Ausbau der Schwebebahn an Wuppertal überwiesen. Begründung: das Land NRW habe die Verdoppelung der Kosten niemals schriftlich bewilligt.

Allerdings wurde weder vom Landesverkehrsministerium noch von der Aufsicht führenden Bezirksregierung ein Baustopp verlangt. In vielen Gesprächen wurde signalisiert, dass weiter gebaut werden solle, damit die Kosten nicht noch weiter explodieren. Also wurde in Wuppertal weiter ausgebaut. Dafür mussten mangels Landesgelder Kredite in Höhe von ca. 110 Mio. Euro aufgenommen werden. Allein die Zinsen für diese Kredite belaufen sich auf 6 Mio. Euro jährlich.

Die Bezirksregierung hat das Problem noch dadurch verschärft, dass sie die Finanzierung des Schwebebahnausbaus mit der Finanzierung der Regionale 2006 verknüpft hat.

Im Jahr 2000 beschloss der Rat den Verkauf von WSW-Anteilen an die RWE zur Gegenfinanzierung aller Regionale-Projekte. Gleichzeitig ging er eine sogenannte Nachschusspflicht gegenüber den Stadtwerken ein. Das heißt, die Stadt muss, wenn die Rücklagen der WSW unter 20 Mio. Euro sinken, für den Ausgleich sorgen.

In den letzten Monaten wurden auf allen politischen Ebenen Gespräche über mögliche Lösungen geführt. Die GRÜNEN legten ein Finanzkonzept vor, das sowohl die weitere Schwebebahnfinanzierung als auch die Regionale 2006 ermöglicht.

Dieses Konzept wurde Grundlage für die weitere Beratung in der Verwaltung und für den Beschluss, der Ende Februar vom Rat verabschiedet wurde. Darin ist festgeschrieben, dass die Stadt und die Stadtwerke die Finanzierungslücke schließen müssen, beide müssen jeweils 58 Mio. Euro aufbringen. Darüber hinaus müssen die WSW nun kurzfristig weitere Einsparmaßnahmen prüfen.

Die Stadt Wuppertal wird die Summe zur Hälfte aus dem Vermögenshaushalt erbringen und zur anderen Hälfte aus dem städtischen Eigenanteil vorfinanzieren, der zur Finanzierung der Regionale vorgesehen war.

Noch einmal bekräftigt der Rat der Stadt, dass alle Projekte der Regionale umzusetzen sind: die Umgestaltung des Döppersberg, der Mediapark am Arrenberg, die Kulturachse Barmen, der Freizeitschwerpunkt Zoo/Stadion und das Freiraumprogramm. Welche Auswirkungen der zunächst geringere finanzielle Eigenanteil der Stadt für die Regionale auf die einzelnen Projekte haben wird, ist nicht zuletzt abhängig davon, welche zusätzlichen Maßnahmen die Wuppertaler Stadtwerke zur Verbesserung des Gesamtergebnisses umset-



Geschafft! Die wichtigsten Projekte der nächsten Jahre sind abgesichert.

zen werden. Auch dazu hat der Rat der Stadt bereits einzelne Maßnahmen vorgeschlagen, die von den Wuppertaler Stadtwerken nachzuvollziehen und umzusetzen sind.

Insgesamt gehen Bündnis 90/DIE GRÜ-

NEN allerdings davon aus, dass mit dem jetzt gefundenen Kompromiss alle Regionale Projekte vollständig realisiert werden können und eine weitere Diskussion und Verknüpfung zwischen Regionale und Schwebebahnausbau nicht mehr

AUS DEM INHALT

100 Tage Meisterbürger S. 2

Run auf Schule: OGGS erfolgreich S. 2

Ohne Verzögerung: Kunstwerke zurückgeben S. 3

Bilanz: Teilerfolg für Starenkästen S. 4

Mittagessen jetzt kostenpflichtig?

■ Wird die Entscheidung zum Stolperstein für die offene Ganztagschule?

Das „Mittagessen“ für Kinder finanzschwacher Eltern ist derzeit „in aller Munde“ und füllt tageweise die Leserbriefseiten der hiesigen Presse.

Hintergrund der Diskussionen ist, dass bis dato für Kinder von InhaberInnen des „Wuppertal-Passes“ (z.B. EmpfängerInnen von Sozialhilfe) das Mittagessen in den städtischen Ganztagschulen kostenfrei war.

Im Gegensatz hierzu mussten alle Eltern für Kinder in der offenen Ganztagsgrundschule einkommensunabhängig einen Betrag von circa 25 Euro pro Mo-

nat zahlen. Diesen Betrag können die Offenen Ganztagschulen schon jetzt in vielen Fällen aufgrund wirtschaftlicher Nöte der Eltern nicht einziehen. Kinder im Sozialhilfebezug konnten nicht von den Aufwendungen befreit werden. Hier bestand demnach bisher schon eine Schieflage.

Die Auswirkungen von Hartz IV führen zudem seit Anfang 2005 nach Schätzungen der Verwaltung zu erheblich mehr Wuppertal-Pass-Berechtigten.

Nach dem Vorschlag des Sozialdezernenten soll das Mittagessen für Kinder einkommensschwacher Eltern nicht mehr kostenlos, sondern nur um die Hälfte reduziert sein.

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

fordert hingegen kostenfreies Mittagessen für alle Kinder mit Berechtigung zum Wuppertal-Pass in allen Ganztagschulen. Dafür müssten ca. 100.000 Euro zusätzlich bereit gestellt werden. In mehreren Briefen an alle Fraktionen des Rates haben sich auch Schulleiterinnen und Schulleiter sowie der Kinderschutzbund vehement für ein weiterhin kostenfreies Mittagessen eingesetzt. Wir teilen die in diesen Schreiben geschilderten Befürchtungen:

Eine Verteuerung des Mittagessens für Kinder finanzschwacher Eltern wird demnach in vielen Fällen zur Abmeldung aus der Offenen Ganztagsgrundschule führen und auch die Mensaver-eine der Ganztagschulen in wirtschaft-

liche Schwierigkeiten bringen.

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat sich daher als einzige Fraktion schon in der Sitzung der Ausschusses Soziales, Gesundheit und Familie gegen die von der Verwaltung vorgeschlagenen Kürzungen ausgesprochen. Glücklicherweise wurde die Vorlage der Verwaltung in der Sitzung des Rates – auch auf unser Bestreben hin – zumindest zunächst nicht beschlossen.

Wir werden uns in den Gesprächen mit Verwaltung und den anderen Fraktionen für das kostenlose Mittagessen für bedürftige Kinder vehement einsetzen, damit das Thema „Mittagessen“ in der Sitzung des Rates im Mai endgültig „gegessen“ sein wird.

stattfindet. Damit wären die meisten Projekte der zukünftigen Stadtentwicklung auch über das Jahr 2006 hinaus gesichert und der Strukturwandel in Wuppertal endgültig eingeleitet, wenn sich alle an diesen Beschluss halten.

Guten Tag!

Die Osterferien rücken näher, aber Frühlingsgefühle wollen angesichts der Kälte nicht aufkommen.

Die Mehrheitsverhältnisse im Rat sind nicht so einfach, drei wichtige Themen konnten mangels Mehrheit in der letzten Ratssitzung nicht beschlossen werden, es musste eine Sondersitzung einberufen werden. Das heißt, dass die Fraktionen sinnvollerweise viel mehr als vorher miteinander sprechen müssen. Die GRÜNE Fraktion hat in den letzten Wochen sehr viele Gespräche geführt, um die Schwebebahnfinanzierung erfolgreich zu stemmen und die Regionale 2006 zu sichern.

Blieben Sie uns gewogen,
Ihr Redaktionsteam

KURZ & klein

GRÜNES Engagement in Vohwinkel

Vorherrschende Themen in den letzten Monaten waren Fragen zur Verkehrssicherheit, die insbesondere die GRÜNEN mit Anfragen und Anträgen immer wieder auf die Tagesordnung der Bezirksvertretung brachten.

Nach dem erfolgreichen Antrag zur Erneuerung des nicht mehr nutzbaren Radweges Richtung Gruiton wurde in den darauffolgenden Sitzungen eingehend eine von sehr vielen Kindern genutzte Kreuzung an der Langen Brücke diskutiert. Hier wollten die anderen Fraktionen dem bündnisgrünen Antrag zur Stilllegung der gefährlichen Rechtsabbiegerspuren nicht folgen, obwohl es an ähnlicher Stelle im Stadtteil bereits folgenschwere Unfälle gab. Statt dessen stimmten CDU und SPD beispielsweise für die Geschwindigkeitserhöhung vor einem Kindergarten an der Bahnstraße auf 70 km/h. Eine Haltung, welche die beiden Vertreter von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Gerhard Schäfer und Klaus von Zahn nur noch kopfschüttelnd zur Kenntnis nehmen konnten.

Kritisch begleitet wird auch die Planung einer Golfplatzweiterung und ein Wohnungsbauvorhaben am S9-Haltestepunkt Aprath. Hier soll hochwertiger Freiraum für neue Häuser in Anspruch genommen werden, obwohl in der Stadt Tausende von Wohnungen leer stehen. Auch der Bereich „Stadtteil“ wird durch GRÜNE Anträge immer wieder thematisiert. Die Forderung nach einer Bepflanzung eines Parkplatzes von Lidl wurde ebenso einstimmig auf den Weg gebracht wie der Antrag, den technischen Zustand des Bahnhofes zu verbessern. Hier warten defekte Uhren, Lampen und Aufzüge seit Monaten auf Reparatur.

8. März, Frauentag

Das bündnisgrüne Motto des Internationalen Frauentages lautete auch in Wuppertal: „Frauen können alles werden“. Ein Team aus engagierten Politikerinnen aus Fraktion und Kreisverband diskutierte mit PassantInnen u.a. über Berufswahlverhalten von jungen Frauen und was getan werden muss, um Mädchen auch für eher männlich dominierte Ausbildungen zu gewinnen.

Außer den klassischen Informationsmaterialien gab es auch Tüten mit der Aufschrift „Was Frauen brauchen, um in jeden Beruf zu kommen“. Der provokante Inhalt: ein Schnurrbart...

Das Ziel dieser Aktion, Mädchen und junge Frauen zu ermutigen, sich für zukunftsfähige, gut bezahlte und interessante Berufe zu entscheiden, fand viel Zuspruch.

Climate-Star 2004

Wuppertal ausgezeichnet

In Baden bei Wien nahmen 22 europäische Städte und Gemeinden Ende Februar den Climate-Star 2004 für ihr Engagement im Klimaschutz entgegen, darunter auch Wuppertal, Seite an Seite mit Venedig, Frankfurt am Main, Münster, Trier, Stuttgart und Wien.

Über 200 Kommunen aus 17 Ländern hatten sich mit ihren Projekten für die Auszeichnung beworben. Das Klimabündnis als europaweites Netzwerk aus über 1200 Städten und Gemeinden sieht gerade die Kommunen als bürgernahe Ebene mit Vorbildfunktion und als Schaltstelle, wenn es darum geht, Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren.

Ausgezeichnet wurde das Projekt „Strom aus neuen Quellen“. 2004 haben

die Wuppertaler Stadtwerke die erste Wasserkraftanlage an der Kerspe-Talsperre in Betrieb genommen. In diesem Jahr wird eine Wasserkraftanlage im Wasserwerk Herbringhausen und 2006 eine Anlage in der Herbringhauser Talsperre installiert. Die Wasserkraftanlage an der Kerspe-Talsperre produziert jährlich ca. 450.000 kWh Strom. Das entspricht etwa dem Strombedarf von 150 Haushalten und spart gegenüber konventioneller Stromerzeugung rund 300 t CO₂/Jahr. 2006 soll der Strombedarf von etwa 450 Haushalten gedeckt werden und rund 884 t CO₂/Jahr eingespart werden.

Der Climate-Star 2004 stellt die erneuerbaren Energien – Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Geothermie – in den Mittelpunkt und weist auf die wichtige Rolle der Kommunen für die Reduktion von Treibhausgasemissionen hin. Herzlichen Glückwunsch, Wuppertal, weiter so!

100 Tage Meisterbürger

Lorenz Bahr: Mehrheiten schaffen

Anfangs war es Ironie der Parteifreunde; jetzt ist es ein Kosenamen. An den Zustand, dass ein junger GRÜNER in Wuppertal Bürgermeister ist, hat man sich bereits (fast) gewöhnt.

Mit Lorenz Bahr ist fünf Jahre nach Irmgard Wohler wieder ein GRÜNER Stadtverordneter Bürgermeister. Und er hat von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen, dass er ein politischer Mensch ist und es trotz des Amtes bleibt.

Es ist nicht allein sein eigenes Alter (36), das Lorenz Bahr als Teil der Verwaltungsspitze prädestiniert, für Kinder und Jugendliche ein offenes Ohr zu haben und sich für deren Belange einzusetzen. Auch beruflich setzt er sich mit Fragen der Jugendhilfe auseinander.

„Sachverstand und Herzensangelegenheit“ nennt er diesen Schwerpunkt seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Bürgermeister, der bereits in zwei Bürgergesprächstunden für Kinder und Jugendliche mündete. Und diese Sprechstunden finden nicht im Rathaus, sondern in den Einrichtungen der Kinder und Jugendlichen statt. An den Ergebnissen dieser Sprechstunden will er sich zukünftig messen lassen.

Als politisch verantwortlicher Mensch im Tal ist Bahr allerdings auch in anderen Fragen unterwegs. „Verantwortlich Handeln heißt, Mehrheiten schaffen“, umschreibt Bahr sein Ziel, gerade in schwierigen Fragen unterschiedliche

Nach fünf Jahren „ohne“ jetzt wieder ein GRÜNER Bürgermeister

Auffassungen der Menschen und Fraktionen zusammen zu bringen.

Nicht zuletzt ist es auf seine Initiative zurück zu führen, dass sowohl die Regionale 2006 als auch die Schwebbahn zu Ende finanziert sind – ein Drahtseilakt, der sich zwischen den Ratsfraktionen, der Bezirksregierung und der Landesregierung bewegte und zu einem Zeitpunkt gelang, als die Rats-

Run auf Schule

Offene Ganztagsgrundschule erfolgreich

Nachdem sich Bündnis 90/DIE GRÜNEN im vergangenen Jahr sehr für die Einrichtung der Offenen Ganztagsgrundschule (OGGS) in Wuppertal eingesetzt hatten und sich für das Schuljahr 2004/05 neun Schulen mit 22 Gruppen z.T. noch etwas zögerlich gemeldet hatten (wir berichteten darüber), war der Run für das kommende Schuljahr nun doch sehr groß.

27 weitere Schulen wollen den offenen Ganztags! Die positiven Rückmeldungen und die Einsicht nach PISA mehr für die Entwicklung unserer Kinder tun zu müssen haben offensichtlich dazu beigetragen.

Leider gibt es jedoch wieder einmal eine

große Diskussion um die Finanzierung und dadurch eine Verunsicherung der Schulen, die OGGS werden wollten.

Die konservative Stadtspitze sitzt auf dem Geld und will nicht genügend für die Fortsetzung des Erfolgsmodells Offene Ganztagsgrundschule, das ja bekanntlich von der Rot/GRÜNEN Landesregierung in Düsseldorf auf den Weg gebracht worden war, zur Verfügung stellen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

So sollen auch die Eltern mit geringem Einkommen (unter 12.500 Euro im Jahr) einen Beitrag zum Besuch ihres Kindes in der OGGS leisten. Aber nicht mit uns! Hatten wir GRÜNEN in Wuppertal doch mit unserem Antrag vor einem Jahr erreicht, dass die unterste Einkommensstufe beitragsfrei zu bleiben hat.

Zusammen mit der SPD haben wir dieses nun auch im Schulausschuss und im Jugendhilfeausschuss zum Antrag erhoben, der jedoch im Schulausschuss von CDU, FDP und der WFW (merken!) abgelehnt wurde, aber im Jugendhilfeausschuss aufgrund gesetzlich verankerter anderer Mehrheitsverhältnisse (Die freien Träger der Jugendeinrichtungen sind dort stimmberechtigte Mitglieder) eine Mehrheit erzielte.

In der Ratssitzung am 28. Februar wurde aber noch nicht entschieden: FDP und CDU wollten noch einmal in sich gehen. Die Entscheidung wurde vertagt. Auf einer Sondersitzung am 14. März wird sich nun zeigen, ob nun auch Menschen mit niedrigem Einkommen Beiträge für die OGGS zahlen müssen. Das gleiche gilt natürlich auch für die Finanzierung des Mittagessens. Für Kinder aus einkommensschwachen Familien muss das Essen kostenlos sein.

Zum Hintergrund:

Am 15. Februar 2003 hat das Ministerium für Schule, Jugend und Kinder NRW den Erlass und die Förderrichtlinien zur Einrichtung der Offenen Ganztagsgrundschule veröffentlicht. Bis Ende 2005 soll jedes dritte Grundschulkind einen solchen Platz erhalten. OGGS sind bis 16:00 Uhr geöffnet, mindestens aber bis 15:00 Uhr, in der Regel sind in den Gruppen 25 Kinder untergebracht.

Folgende Bedingungen sind in dem Erlass aufgeführt: Der Einstieg der Ganztagsgrundschule in die Offene Ganztagsgrundschule erfolgt freiwillig, vorausgesetzt wird die Konzeption einer gemeinsamen Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung in den jeweiligen Städten. Das Ziel der OGGS ist eine differenzierte, bedarfsgerechte und vielfältige Angebotsstruktur mit einer Konzentration der Angebote nach Möglichkeit unter dem Dach der Schule oder in räumlicher Nähe dazu. Die Angebote außerhalb des Unterrichts können an Träger der Jugendhilfe oder andere Organisationen übertragen werden.

GASTKOMMENTAR: Hohe Zufriedenheit

Offene Ganztagsgrundschule / von Angelika Meissner

Eine Idee – erste Schritte – die Realität – wie geht es weiter – wie sollte/muss es weiter gehen?

Für Mädchen und Jungen ist die Schule ein wichtiger Ort des Lernens, aber auch des Lebens. Manchmal, besonders für den ersten Punkt, nicht immer positiv besetzt.

Kinder sind aber gerne in der Gemeinschaft Gleichaltriger und hier setzte vor einigen Jahren das Angebot einer Betreuung an den Grundschulen an. Dies korrespondierte natürlich stark mit dem Wunsch der Eltern, ihre Kinder an der Grundschule in einem verlässlichen Zeitrahmen beaufsichtigt und betreut zu wissen. Schon durch dieses erste Angebot wurde die Schule für die Kinder mit einer zusätzlichen „Nutzerqualität“ versehen. Die Mädchen und Jungen konnten ohne Wegezeiten in einem gewohnten Umfeld verbleiben, das die Möglichkeit zum Spielen und zur regelmäßigen Versorgung mit Mittagessen

bot, manchmal war auch das Angebot einer Hausaufgabenbetreuung möglich und wurde genutzt.

Die Idee der OGGS geht darüber hinaus und umfasst den Bereich der Förderung und Bildung. Idealtypisch in Zusammenarbeit mit den LehrerInnen, um den Bereich des schulischen Lernens über den Tag zu verteilen. In diesem Kontext war die Verknüpfung mit PISA nicht immer hilfreich, Ganztagsbeschulung lässt den wichtigen Bereich des Lernens in und über eine Gruppe gerne aus dem Blickfeld. In Wuppertal wurden in einem ersten Schritt die Möglichkeiten der Kooperation verschiedener Träger zur Angebotsgestaltung im Nachmittagsbereich angegangen. Diese „additiven“ – zusammengesetzte/aufgesattelte Kooperationen haben eine neue Qualität in der Frage der Bildung ermöglicht. Musische Angebote, Sportangebote, Umweltangebote aber auch Kooperationen mit Schachvereinen und Initiativen im Stadtteil sind möglich und werden genutzt.

Während morgens Betreuung und Un-

terricht auf dem Stundenplan stehen, geht es nach dem Mittagessen weiter mit Hausaufgabenbetreuung und mit den vielfältigsten Angeboten, von der Wald-AG über die Flöten- und Gitarren AG bis zur Schach- oder Fußball-AG. Damit entsteht eine neue Qualität der Bündelung von Möglichkeiten. Hierbei sind inzwischen schon Möglichkeiten entstanden, die noch vor wenigen Jahren für undenkbar gehalten wurden, z.B. mit der Bertelsmann-Stiftung (qualifizierte Fortbildungen für LehrerInnen, BetreuerInnen, Eltern und LeseseniorenInnen) und SeniorInnen (Leseförderung). Doch dies alles ist nur möglich, wenn in der OGGS eine entsprechende Koordination stattfindet. Die Qualifikation der eingesetzten Gruppenleitungen und Koordinatorinnen ist dabei äußerst wichtig.

Viele der angesprochenen Aufgaben in einer OGGS sind über den Einsatz von Schulleitungen in Verbindung mit engagiertem Personal zu realisieren – alles nicht. An Grenzen stößt die Realität der OGGS bei der Frage der Fi-

nanzierung von Angeboten und Versorgung. Die derzeitige Basis ist knapp – je nach Schule auch zu knapp. Verlässlichkeit bedeutet für die Mädchen und Jungen auch die Versorgung u.a. mit Mittagessen. Wenn die Kinder von 8.00h bis 16.00h in der Schule bleiben, entfallen Wegezeiten – aber Grundbedürfnisse werden. Wobei Grundbedürfnisse nicht nur den Bereich der Versorgung mit Essen meint, auch wichtig ist die Möglichkeit zum freien Spiel in der Gemeinschaft oder alleine. Das Interesse der Eltern ist natürlich auch auf den Bereich der Hausaufgabenbetreuung bezogen, wobei dieser Bereich bei der perspektivisch notwendigen Einbeziehung der Lehrerinnen und Lehrer im Bereich der Verteilung von Lerneinheiten über den Tag an Wertigkeit verlieren sollte. Die Zufriedenheit der Eltern mit der OGGS ist sehr hoch – eine stadtweite Umfrage hat 95% Zustimmung ergeben. Wir sind mit dem Modell der OGGS auf einem guten Weg und auf dem Weg zur Ganztagsgrundschule – und dies ist auch richtig so.

Impressum

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 563-6204, Fax: 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Gerta Siller, Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
Sylvia Meyer (Redaktion), Lorenz Bahr, Harald Bayer, Bettina Brucher, Susanne Fingscheidt, Anja Liebert, Petra Lückerrath, Regina Orth, Paul Yves Ramette, Gerhard Schäfer, Ilona Schäfer, Klaus von Zahn

Gastkommentar:
Angelika Meissner, Leiterin der OGGS an der Grundschule Yorckstraße und Sprecherin der Betreuungsvereine

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet, aus dem eigenen Archiv

Satz und Gestaltung:
HEINZ-Magazin Verlags GmbH, Tannenbergstr. 35, 42103 Wuppertal

Druck: Verlag Bitter, Recklinghausen

Auflage: 18.285

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA und Hasret, Wiesenstraße; ASTA, Berg, Universität; BUND, Luisenstraße 108; Cinetal, Berliner Straße; Forum Maximum im Rex, Kipdorf 29; Haus der Jugend, Geschwister-Scholl-Platz; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Lebensbaum, Sophienstraße; Paff, Steinweg 55

Die Abgabe ist kostenlos!

Ohne Verzögerung umsetzen

■ Zweiter Beschluss zur Rückgabe von Kunstwerken

Endlich ist die Rückgabe aller drei Kunstwerke aus ehemals jüdischem Besitz ohne Wenn und Aber endgültig beschlossene Sache und wird nun hoffentlich ohne weitere Verzögerung umgesetzt. Bitter, aber nicht überraschend ist die Ablehnung der Republikaner.

Als der Rat der Stadt Wuppertal am 15. Dezember 2003 erstmalig beschloss, die drei Kunstwerke aus der Sammlung des Von der Heydt-Museums zurückzugeben, war das ein erfreulich klares Bekenntnis zur Washingtoner Erklärung von 1998, in der sich neben der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz 40 weitere Staaten für eine Rückgabe von Kunstwerken aus ehemals jüdischem Besitz überwiegend auf moralischer Basis ausgesprochen haben. Der Beschluss sprach auch für die Akzeptanz der Berliner Erklärung von 1999, in der sich der Deutsche Städtetag zur Untersuchung öffentlicher Kunstsammlungen und zur Rückgabe von NS-Raubgut verpflichtet hat.

Diese Erklärung bezieht sich auf die erneute Aufnahme der Suche nach Kunstwerken, die zwischen 1933 und 1945 enteignet oder gestohlen wurden. Eventuell abgelaufene Verjährungsfristen sollten bewusst außer acht gelassen werden.

Nicht juristische Kriterien wie Fristen, Legalität etc. sollten als Messlatte dienen, man entschied sich bewusst für die Moral als Maßstab. Der damals fast einstimmige Beschluss des Wuppertaler Stadtrats, den nur der damalige Bürgermeister Köster (FDP) nicht mittragen wollte, machte zunächst dem auch von überregionalen Medien verfolgten und kommentierten Streit um die Herausgabe der Kunstwerke zwischen dem Rat der Stadt, Museumsleitung und Kunst- und Museumsverein ein Ende.

Als aber dann lange Zeit nichts geschah, wurde auf Anfrage von Bündnis 90/DIE GRÜNEN ein Sachstandsbericht im Kulturausschuss gegeben, in dem die Verzögerung der Herausgabe der Bilder damit begründete, man wolle zunächst ein in der zweiten Jahreshälfte anstehendes Urteil des Bundesverwaltungsgerichts abwarten. Außerdem wurde versucht, Mittel für einen

Rückkauf von zwei der Bilder aufzutreiben. Diese Vorgehensweise führte nicht nur dazu, Wuppertal wieder in die Negativ-Schlagzeilen bundesweiter Medien zu bringen, sondern auch zur Verärgерung der Erben des Bildes „Erinnerung vom Dampfboot auf der Donau“ von Adolf von Menzel. Sie haben nun durch ihren Anwalt Joel Levi der Stadt mitgeteilt, dass man das Bild nicht mehr zum Verkauf anbieten sollte. Sie wollen das Bild nun endlich zurückhaben.

Nach dem erneuten Beschluss der Restitution der Kunstwerke sollte nun auch die Forderung von unabhängigen Provenienzgutachtern bei weiteren Herausgabeforderungen wieder aufgegriffen werden und die Möglichkeiten von Provenienzforschung im Bereich der Sammlung geprüft werden.

Das Von der Heydt-Museum verfügt über eine Sammlung von höchstem Rang und ist international berühmt für seine hochwertigen Ausstellungen, die Tausende von Besucherinnen und Besuchern nach Wuppertal locken. Die hervorragende künstlerische Arbeit, die dort geleistet wird, sollte zukünftig ausschließlich Inhalt von Berichten über das Museum in den Medien sein.

Ehemaliges Luhns-Gelände: Nutzung als Bergisches Gesundheitszentrum?

Pläne für DB-Brache

■ Nachhaltige Entwicklung für Oberbarmen

Auf dem ehemaligen Güterbahnhof in Wichlinghausen sollen nach den Plänen einer Tochtergesellschaft der Deutschen Bahn AG attraktive Stadthäuser entstehen.

Die 133.000 qm große Fläche ist eine von vielen alten Bahnflächen, die seit Jahren brach liegen und nun nach und nach wieder einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden sollen. Aus GRÜNER Sicht eine positive Trendwende, handelt es sich doch i.d.R. um attraktive innerstädtische Flächen, deren Bebauung allemal sinnvoller ist, als immer neue Flächen auf der grünen Wiese zu erschließen.

Die Nachfrage nach Stadthäusern ist da! Die Konzeption vom eigenen Haus mit Garten in der Stadt wird insbesondere von Familien nachgefragt, die die kurzen Wege einer nahen städtischen Infrastruktur attraktiv finden. Moderne Stadthäuser bieten eine preiswerte Alternative zum Einfamilienhaus auf der grünen Wiese. Mit ansprechender Gestaltung und vielen Freiflächen kann so ein Quartier entstehen, das neuen Schwung nach Oberbarmen und Wichlinghausen bringt.

Wichtig für GRÜNE ist dabei die frühzeitige Beteiligung der BürgerInnen bei der konkreten Planung, nur so entsteht die

notwendige Identifikation der Menschen mit ihrem direkten Wohnumfeld.

Ein weiterer Aspekt ist die Verkehrsanbindung. Die ehemalige Nordbahn-Trasse muss aus GRÜNER Sicht auf jeden Fall gesichert werden, damit die Möglichkeit einer Reaktivierung dieser wichtigen Verkehrsader für die Zukunft erhalten bleibt. Wir GRÜNE in der Bezirksvertretung werden uns dafür einsetzen, dass diese wohl wichtigste und größte Planung im Viertel auch unter ökologischen Gesichtspunkten ausgestaltet wird. Ziel ist ein kinder- und jugendfreundliches Quartier, mit integrierten Spiel- und Freiflächen, differenzierten Nahversorgungsangeboten und einer guten öffentlichen Verkehrsanbindung in die Stadt.

Auch auf dem ehemaligen Luhns-Gelände besteht Hoffnung auf eine neue Nutzung. Nachdem sich herausgestellt hat, dass die ehemals typische Gewerbenutzung nicht mehr zu realisieren ist, wurde nach Alternativen gesucht. Die Idee eines Bergischen Gesundheitszentrums, das überregional Kompetenzen bündelt, wird weiterhin favorisiert. Unklar ist aber nach wie vor, ob sich genügend ÄrztInnen und Investoren finden, um die vorliegende Planung umzusetzen. Wir können nur hoffen, dass diese Neuausrichtung eines von seiner Struktur her sehr schwachen Viertels nicht letztendlich am Geld scheitert.

Dezernent wiedergewählt

■ Der Bündnisgrüne Harald Bayer ist seit 1989 im Amt

Schon im Dezember wurde der Bündnisgrüne Beigeordnete für Umwelt, Grünflächen und Geodaten, Harald Bayer, von einer Mehrheit von 70 Prozent der Ratsmitglieder für weitere acht Jahre bestätigt. Er ist damit nicht nur einer der ersten, sondern vermutlich auch der „dienstälteste“ GRÜNE Umweldezernent der Republik.

Der Diplom-Ingenieur für Raumplanung arbeitete zunächst fünf Jahre als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Umweltschutz an der Universität Dortmund. 1985 wurde er Umweltauftraggeber der Stadt Dorsten, dort zwei Jahre später stellvertretender Leiter des Amtes für Stadtentwicklung, Wirtschaft-

förderung, Umweltschutz und Öffentlichkeitsarbeit.

Am 27.02.1989 wurde er mit rot-GRÜNER Mehrheit in Wuppertal zum Beigeordneten für das auf Betreiben der GRÜNEN neu gegründete Umweldezernat gewählt.

Von April 1997 bis Juni 2000 und von August 2001 bis Mai 2002 war er alleiniger Leiter des Geschäftsbereichs „Umwelt, Planen, Bauen“.

Nach zwischenzeitlich wieder veränderten Dezernatszuschnitten und weiteren Organisationsveränderungen gehören heute zu seinem Geschäftsbereich das Ressort für Umweltschutz, das Ressort Grünflächen und Forsten und das Ressort Vermessung, Kataster und Geodaten sowie die Eigenbetriebe Straßenreinigung und das kommunale Gebäudemanagement.

Er ist Mitglied im Umweltausschuss des Deutschen Städtetages, im Landesbei-

rat für Immissionsschutz des Landes NRW, der Haushaltskommission und der Altlasten- und Bodenschutzkommission des Altlastensanierungsverbandes des Landes NRW (AAV).

Einer seiner wesentlichen Arbeitsschwerpunkte ist die kommunale Energiepolitik und der Klimaschutz:

Wuppertal ist seit 1991 Mitglied im „Klimabündnis“ und war 1992 durch ihn auf der Gründungsversammlung des Vereins „Klimabündnis zum Schutz der Erdatmosphäre“ vertreten. 2003 wurden Wuppertal als eine der ersten drei deutschen Städte mit dem European Energy Award ausgezeichnet, die Verleihung des „Climate Star“ erfolgte jetzt am 25.02.2005 an die Stadt Wuppertal.

In seiner Verantwortung lag auch der Aufbau des kommunalen Umweltmanagements. Die Öko-Audit-Zertifizierung für das Ressort Vermessung, Kataster und Geodaten oder das CO₂-Minderungsprogramm der Stadt sind z.B. Ergebnisse davon.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die nachhaltige Entwicklung: 1995 trat Wuppertal als erste Stadt in NRW der „Charta von Aalborg“ bei, einem internationalen Bündnis von Städten, die eine „Lokale Agenda 21“ erstellen wollen.

Mit einem Grundsatzbeschluss des Stadtrates zur „Strategischen Steuerung“ im März 2004 wurden die Ziele und Handlungsschwerpunkte der Stadt am Leitbild der Nachhaltigkeit ausgerichtet.

Unter der Federführung von Harald Bayer betreibt die Stadt in Bezug auf Bodenschutz und Altlastenbewältigung eine offene und ehrliche Informationspolitik und bezieht dabei die Betroffenen aktiv in die Entscheidungsprozesse mit ein. Durch die Altlastensanierung werden Gefahren für die Gesundheit abgewehrt und wertvolle innerstädtische Flächen für eine weitere Nutzung erhalten bzw. wieder aufbereitet.

Darüber hinaus setzt er sich ein eine umweltverträgliche Stadtplanung, für die Wiedernutzung von Gewerbebrachen und den Schutz des wertvollen Freiraums und der Landschaft ein. Das Freiraumprogramm Talachse, das im Rahmen der Regionale 2006 umgesetzt wird, ist das zur Zeit größte und wichtigste Projekt, das in seinem Geschäftsbereich bearbeitet wird. Alles mit dem Ziel, den Lebenswert und die Attraktivität der Stadt Wuppertal zu erhöhen.

DIESE GRÜNEN und die Bündnisgrüne Ratsfraktion wünschen Harald Bayer in seinem Engagement wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft weiterhin viel Erfolg, für Wuppertal ist er nach wie vor als GRÜNER Beigeordneter unverzichtbar.

Bilanz nach Abbau

■ Teilerfolg für Starenkästen

Ein Jahr nach dem öffentlichkeitswirksamen Abbau der Starenkästen in Wuppertal fällt die Bilanz erschreckend aus.

Die kahlen Stahlmasten an den 23 ehemaligen Standorten zeugen noch von der verfehlten Verkehrspolitik der CDU der vergangenen Jahre. Jetzt ist zumindest leichte Besserung in Sicht. Eindrucksvoll schilderten die Mitglieder der Unfallkommission im Verkehrsausschuss die Entwicklung der Unfallzahlen nach dem Abbau der Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen. Sie berichteten, dass an einigen Standorten – vor allem an der L 74 – sich die Unfallzahlen dramatisch erhöht haben.

Einstimmig wurde jetzt beschlossen, dass hier der „Blitzer“ wieder aufgestellt wird.

Die Sicherheit der VerkehrsteilnehmerInnen steht damit wieder im Vordergrund. An anderen Standorten dagegen waren CDU und FDP nicht einsichtig. So soll an der Ronsorfer Straße trotz Empfehlung der Unfallkommission der Starenkasten vorerst leer bleiben.

Mobile Messungen sollen verstärkt werden, obwohl klar ist, dass für den Radarwagen auf dieser Strecke eigentlich kein passender Standort zu finden ist. Auch an der Windfoche soll zuerst geprüft werden, ob mobile Messungen möglich sind. Die Entscheidung wird

allerdings hier erst mal nur vertagt. Ein Ortstermin soll klären, was machbar und sinnvoll ist. An anderen Stellen hat sich die Zahl der Unfälle kaum erhöht bzw. es sind keine auffälligen Entwicklungen zu vermelden, daher wollen Polizei und Verwaltung hier weiter beobachten, ob es positive oder negative Veränderungen gibt.

Nach GRÜNER Sicht sollte sich die CDU endlich von ihrer populistischen Entscheidung zum Abbau der Blitzer verabschieden und wieder die Vernunft regieren lassen.

Die Experten von Polizei und Verkehrsüberwachung haben eindringlich deutlich gemacht, dass sich Starenkästen bewährt haben, um Unfallschwerpunkte zu entschärfen. Denn die Erfahrung zeigt, dass AutofahrerInnen im Umfeld der Anlagen ihre Geschwindigkeit anpassen und vorsichtiger fahren.

Somit steht fest: Es geht nicht um Abzocke von AutofahrerInnen oder schnelle Einnahmen für die Stadtkasse, sondern um Sicherheit und einen reibungslosen Ablauf des Verkehrs – zum Schutz aller VerkehrsteilnehmerInnen.

Wir versprechen Ihnen, dass wir weiter dranbleiben und sorgsam verfolgen werden, wie sich die Unfallzahlen entwickeln. Im Verkehrsausschuss wird regelmäßig berichtet und die Politik ist dann gefordert, Maßnahmen einzuleiten, wenn sich Änderungen ergeben – über Parteigrenzen hinweg.

Der wohl dienstälteste Beigeordnete der GRÜNEN bundesweit

Ratschronik vom 20.12.2004

Harald Bayer wiedergewählt: der alte ist der neue

Der bündnisgrüne Beigeordnete für Umwelt, Grünflächen und Geodaten, Harald Bayer, wurde vom Rat für weitere acht Jahre bestätigt. Von den 73 anwesenden Stadtverordneten stimmten 52 für die Wiederwahl, damit hat er fraktionsübergreifend Unterstützung von CDU, SPD, selbstverständlich der GRÜNEN Fraktion, PDS und der Grünen erhalten.

Harald Bayer kann bereits auf eine beeindruckende Bilanz seiner Amtszeit als Beigeordneter zurück blicken. Nun wird der bündnisgrüne Beigeordnete acht weitere Jahre seine herausragende Kompetenz unter Beweis stellen. Die GRÜNE Fraktion freut sich außerordentlich über dieses eindeutige Ergebnis des Rates und wünscht ihm weiterhin viel Erfolg.

Gestaltungsbeirat

Ein GRÜNER Antrag zur Beschleunigung von Bauanträgen und Optimierung des Gestaltungsbeirates hatte zur Folge, dass fast alle anderen Fraktionen ebenfalls entsprechende Anträge in den Rat einbrachten. Ein wesentliches Ziel ist zumindest erreicht: der Gestaltungsbeirat, der über stadtbildprägende Bauten in Wuppertal mit externen ArchitektInnen berät, soll als Gremium aufrechterhalten bleiben. Dafür hatten sich die GRÜNEN im Vorfeld stark gemacht. Die Anträge sind zur Beratung in den Bauausschuss überwiesen worden.

Haushalt 2004/2005

Wie erwartet hat der Regierungspräsident in Düsseldorf, Büssow, als Aufsichtsbehörde auch den jetzigen Wuppertaler Haushalt nicht genehmigt, da die Stadt innerhalb der gesetzlich vorgesehenen vier Jahre keinen schuldenfreien Haushalt erreichen kann.

Landschaftspläne und Flächennutzungsplan

Nach den Fachausschüssen wurden nun auch im Rat die Beitrittsbeschlüsse zu den Landschaftsplänen Ost, Nord, West und Gelpe mit einigen Auflagen von der Bezirksregierung gefasst. Damit können die Flächennutzungspläne und die Landschaftspläne nun in Kraft treten. Die GRÜNE Fraktion hat sich bei den Beschlüssen enthalten, da sie mit der Planung einiger Flächen nicht einverstanden sein kann. Als ein Beispiel sei hier nur an unseren Jahrzehnte lang andauernden Widerstand gegen den Ausbau der Kleinen Höhe als Gewerbegebiet erinnert.

Windkraftanlage auf Ebschlö gescheitert

Zum großen Bedauern der GRÜNEN wurden die Windkraftanlagen auf dem Kastenberg mit den Stimmen der CDU, der WfW und der FDP verhindert. Bei diesem anhaltenden Widerstand gegen regenerative Energien muss mensch sich fragen, wie die Stadt die beschlossenen klimapolitischen Ziele wie CO₂-Reduzierung umsetzen will.

Schüler und Eltern beratend im Schulausschuss

Der Rat der Stadt hat beschlossen, die VertreterInnen der Stadtschulpflegschaft, des Wuppertaler Schülerparlaments und der freien Schulen künftig als Mitglieder mit beratender Stimme anzusehen.

Es sei eine Selbstverständlichkeit, diejenigen an den Entscheidungen im Schulausschuss zu beteiligen, die davon unmittelbar betroffen sind, so die GRÜNEN, die den Antrag eingebracht hatten. SchülerInnen und Stadtschulpflegschaft könnten nun wie in anderen Städten „auf gleicher Augenhöhe im Schulausschuss“ mitdiskutieren.

Kommission WSW eingesetzt

Eine Kommission zur Vorbereitung eines Grundsatzbeschlusses zur zukünftigen Entwicklung der WSW AG für die Sitzung des Rates der Stadt Wuppertal im Februar wurde eingesetzt. In diesem Gremium sind alle Fraktionen vertreten: CDU (3 Sitze), SPD (2), GRÜNE (1) und die anderen Fraktionen ebenfalls mit einem Sitz.

Kletterzentrum in Langerfeld

Der Neubau eines Kletterzentrums in Langerfeld wurde beschlossen. Vom Frühjahr an soll die 1.200 Quadratmeter große Halle mit Kletterwänden für AnfängerInnen und Profis entstehen. Der Deutsche Alpenverein ist mit 3.000 Mitgliedern einer der größten Sportvereine Wuppertals.

Wichtigste Entscheidung im Rat: Schwebebahnausbau und Regionale gesichert

Ratschronik vom 28.2.2005

Kooperation Hilfe für die Flutopfer in Südasiens

Alle Fraktionen waren sich einig: eine langfristige und koordinierte Hilfe für die Opfer der Tsunami-Katastrophe im Dezember letzten Jahres ist notwendig. Die Koordination übernimmt nach Vorschlag des Oberbürgermeisters Jung nun die VEM (Vereinigte Evangelische Mission), die mit Sitz in Wuppertal bereits über vielfältige Kontakte in die Region verfügt. Im Kooperationsvertrag wurde festgelegt, dass Hilfen für den nachhaltigen Aufbau der Lebensgrundlagen der Menschen vor Ort gegeben werden und eine Zusammenarbeit mit allen Wuppertaler Projekten erfolgen wird. Der Antrag wurde im Rat einstimmig verabschiedet.

Finanzierung Schwebebahnausbau und Regionale-Projekte

Auf GRÜNE Initiative hin ist es gelungen, einen tragfähigen Kompromiss zur Finanzierung der beiden Projekte zu erarbeiten, der auch von den Fraktionen der CDU, SPD und FDP getragen wird. Die Finanzierungslücke wird je zur Hälfte von der Stadt und den WSW geschultert, die WSW muss Vorschläge zur Senkung des städtischen Finanzierungsbeitrags erbringen. Die Stadt stemmt ihren Beitrag von 58 Mio. Euro zur Hälfte aus der Reduzierung der Eigenmittel an den Regionale-Projekten, die andere Hälfte wird (über zehn Jahre verteilt) aus dem Vermö-

genshaushalt finanziert. Die GRÜNE Fraktion jubelt keinesfalls über diese Einigung, aber der Beschluss ist die einzige Möglichkeit, den Ausbau der Schwebebahn zu finanzieren und die Regionale 2006 zu realisieren, wenn auch auf niedrigerem Niveau als geplant. Dieser Beschluss gibt der Stadt Planungssicherheit für die kommenden Jahre.

Nachhaltigkeitsbericht

Bürgermeister Lorenz Bahr stellte in seiner Rede die Bedeutung des Nachhaltigkeitsberichtes heraus. Dieser Bericht erläutert den aktuellen Zustand der Stadt gemessen an unterschiedlichen Indikatoren. Der Bericht fiel erwartungsgemäß nicht gerade positiv aus. Die hohe Arbeitslosigkeit, die sinkende Zahl von Arbeitsplätzen und EinwohnerInnen, die Umweltbelastungen und das städtische Haushaltsdefizit lassen die LeserInnen erst einmal erschauern. Der Rat der Stadt hat jedoch bereits in der Vergangenheit Konzepte für eine nachhaltige Stadtentwicklung beschlossen, die Lösungswege aufzeigen. Diese Konzepte dürfen nur nicht in den Regalen oder als Dateien verstauben, sondern müssen konsequent umgesetzt werden, damit der nächste Nachhaltigkeitsbericht positiver ausfällt!

Konkretisierung der globalen Minderausgaben

Sperriger Name, schwieriges Thema: bei den letzten Haushaltsberatungen in der vergangenen Legislaturperiode beschloss die damalige schwarz-gelbe Mehrheit, in diesem Jahr 750.000 Euro und im Folgejahr die doppelte Summe bei den sogenannten freiwilligen Leistungen einzusparen, ohne klar zu sagen, woher die Summe zu nehmen sei. Eine klassische „Katze im Sack“, die GRÜNEN stimmten dagegen. Jetzt wurden konkrete Einsparvorschläge von der Verwaltung vorgelegt. Doch die alte Mehrheit gibt es nach der Kommunalwahl nicht mehr, es entscheiden nun sechs statt vorher vier Fraktionen. Der Hinweis des Kämmers, dass erst nach dem Beschluss der Einsparungen notwendige Investitionen in Höhe von 20 Mio. Euro (z.B. für das Opernhaus, neue Löschfahrzeuge für die Feuerwehr etc.) vom Regierungspräsidenten freigegeben würden, unterstrich den Ernst der Lage. Als absehbar wurde, dass sich

keine Mehrheit für den Vorschlag der Verwaltung finden würde, beantragte die CDU eine Sitzungsunterbrechung, um für den Vorschlag zu werben. Die GRÜNE Fraktion sagte zu, sich zu enthalten, wenn auf Einsparungen bei der Feuerwehr, den Sozialen Diensten, den Altentagesstätten und beim Kulturbüro verzichtet werde.

Bereits im Vorfeld wurden geplante Kürzungen bei der Aids-Hilfe und der Jugendarbeit aus dem Verwaltungsvorschlag genommen, nachdem sich die GRÜNEN in einer Pressemitteilung dafür stark gemacht hatten.

Aber auch nach der Pause war keine Mehrheit abzusehen, weshalb eine Sondersitzung des Rates zu dem Thema am 14. März vereinbart wurde.

Offene Ganztagsgrundschule

Gemeinsam mit der SPD beantragten die GRÜNEN die Beitragsbefreiung für Eltern mit geringem Einkommen. Nach Auffassung der GRÜNEN Fraktion müssen auch die Kinder von Einkommensschwachen so gefördert werden, dass sie unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern eine Perspektive erhalten. Nicht alle Kinder können sich darauf verlassen, von ihren Eltern in angemessener Form unterstützt zu werden. Die GRÜNEN gaben in der Ratssitzung auch zu bedenken, dass die Folgekosten aus einer unzureichenden Erziehungsarbeit möglicherweise die Kosten übersteigen, die der Rat der Stadt nicht übernehmen will.

Da auch nach intensiver Debatte kein Ergebnis erzielt werden konnte, wurde auch dieses Thema auf die Sondersitzung des Rates am 14.03. verschoben.

Wuppertal-Pass

Der Wuppertal-Pass berechtigt einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger zur kostenlosen oder ermäßigten Nutzung von städtischen Einrichtungen wie z.B. Schwimmbäder oder Stadtbibliotheken. Bisher erhielten Kinder mit Wuppertal-Pass das Mittagessen an Ganztagsgrundschulen kostenlos. Zukünftig sollen sie nach dem Willen der Verwaltung die Hälfte des Preises bezahlen. Die Verwaltung argumentiert mit der gestiegenen Zahl an bedürftigen Kindern, die nun durch die Einführung der Offenen Ganztagsgrundschule auch in den Genuss eines kostenlosen Mittagessens kommen würden. Die Stadt habe die Finanzmittel nicht, eine komplette Befreiung der Essenskosten könne es nicht mehr geben. Diese vorgeschlagene Kostenreduzierung lehnt die GRÜNE

Fraktion ab und beantragte, dass der Wuppertal-Pass die Befreiung von Kosten für das Mittagessen an Ganztagsgrundschulen weiter beinhaltet. Finanzieren will die GRÜNE Fraktion dies mit freierwilligen Mitteln aus der bundesgesetzlichen Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zum Arbeitslosengeld II (Hartz IV). Da auch dieser Tagesordnungspunkt sehr kontrovers diskutiert wurde, wurde das Thema verschoben und wird in der nächsten Gremienrunde erneut behandelt.

Brandschutzbedarfsplan

Trotz 8 neuer Personalstellen konnte die GRÜNE Fraktion der Vorlage nicht zustimmen.

Die Zeitplanung von der Meldung eines Brandes bis zur Rettung von Menschen ist zu eng gefasst: Spätestens nach 13,5 Minuten soll die Feuerwehr am Brandort eintreffen. Das hält die GRÜNE Fraktion für unrealistisch, denn die reine Fahrtzeit eines Feuerwehrfahrzeugs nach Lichtscheid oder Hahnerberg liegt schon bei rund 9 Minuten. Wie die Feuerwehr dann allerdings innerhalb der geforderten Frist in Cronenberg oder Ronsdorf eintreffen soll, ist unklar.

Die GRÜNEN sind daher der Auffassung, dass statt der geplanten Übernahme der Werksfeuerwehr von Bayer ein Standort auf den Südhöhen nötig ist. Dass dies ein Finanzierungsproblem darstellt, mindert nicht die Notwendigkeit. Die GRÜNEN haben daher den Plan abgelehnt.

Restitution von Kunstgegenständen aus ehemals jüdischem Eigentum

Der Rat der Stadt hat bereits im Dezember 2003 beschlossen, Bilder aus ehemals jüdischem Besitz an die Erben-Gemeinschaften auszuhändigen. Danach gab es langwierige Verhandlungen über einen Rückkauf der Bilder und eine Rechtsunsicherheit, die mit einem erneuten Beschluss des Rates aus dem Weg geräumt werden soll.

Die GRÜNEN im Kulturausschuss und auch im Rat haben klar ihre Auffassung genannt: Es geht hier nicht um eine juristische Frage, allein schon aus moralischen Gründen müssen die Bilder unverzüglich zurück gegeben werden. Weitere Verzögerungen würden dem Ansehen der Stadt schaden, Wuppertal muss sich seiner historischen Verpflichtung stellen. Der Rat hat einen entsprechenden Verwaltungsvorschlag einstimmig beschlossen – einzig die 2 Republikaner stimmten dagegen.